



Klimaschutz im Alltag

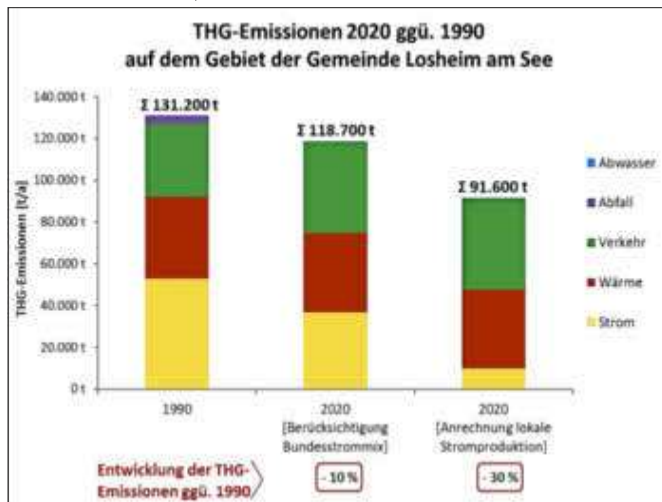


Gemeinderat einstimmig für die Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes

Der Gemeinderat hat im Juli diesen Jahres einstimmig das integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) für die Gemeinde Losheim am See verabschiedet. Vorher hatten die Mitarbeiter der Verwaltung zusammen mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement und einer Arbeitsgruppe des Gemeinderats über anderthalb Jahre Fakten und Ideen zusammengetragen.

Ergebnisse der Energie- und Treibhausgas-Bilanz

Die im Rahmen der Energiebilanzierung erfassten Daten weisen für das Jahr 2020 einen jährlichen Gesamtstromverbrauch von ca. 106 GWh/a aus (106 GWh/a = 106.000.000 kWh/a). Der jährliche Gesamtwärmeverbrauch liegt bei ca. 291 GWh/a und der des Verkehrssektors bei ca. 132 GWh/a. Die vollständige Energiebilanz mit einer Aufschlüsselung nach Energieträgern kann dem Volltext des Konzepts entnommen werden (abrufbar auf der Website der Gemeinde Losheim am See).



Die hier abgebildete Grafik zeigt die Ergebnisse der Treibhausgas-Bilanz. Sie gibt an, wie viele Treibhausgase, auf Grundlage des untersuchten Energieverbrauches, auf dem Gebiet der Gemeinde ausgestoßen wurde. Die Bilanzierung wurde zuerst retrospektiv für das Jahr 1990 errechnet. Anhand von realen Daten wurden dann die THG-Emissionen für das Bilanzierungsjahr 2020 errechnet. Einmal unter Berücksichtigung der lokal erzeugten Stromproduktion aus Wind, Photovoltaik und Biogas und einmal unter der Annahme, dass der vor Ort verwendete Strom dem Bundesstrommix entspricht.

Es wird deutlich, dass die THG-Emissionen maßgeblich durch die drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr beeinflusst werden. Erfreulicherweise sind die Emissionen im Stromsektor deutlich zurückgegangen.

Allerdings nur sofern die lokale Stromproduktion berücksichtigt und komplett angerechnet wird. Bilanzell betrachtet, konnte der **Strombedarf in der Gemeinde im Jahr 2020 zu ca. 80% durch erneuerbare Energien** wie Wind,

Photovoltaik und Biogas erzeugt werden. Hier ist die Gemeinde Losheim am See also auf einem guten Weg, lag doch der Anteil bundesweit im Betrachtungsjahr bei 45,1%¹. Der Strombedarf wird sich durch die Substitution, also den Wegfall, der aktuell genutzten fossilen Energieträger wie Heizöl, Gas, Otto- und Diesel-Kraftstoffe jedoch weiter erhöhen. Laut den angefertigten Prognosen im IKK wird sich der **Strombedarf in der Gemeinde bis 2030 verdoppeln**. Womit sich der aktuelle erneuerbare Deckungsgrad von 80% ohne einen konsequenten weiteren Ausbau rapide vermindern wird. Für den Verkehrssektor kann eine deutliche Zunahme der THG-Emissionen um über 20% im Betrachtungszeitraum verzeichnet werden. Dies wirkt im ersten Moment etwas befremdlich, da die Motorentechnik in den vergangenen Jahren deutlich effizienter wurde. Leider wurde der technische Fortschritt durch immer größere und schwerere Fahrzeuge und die zunehmende Fahrzeugdichte überkompensiert.

Im Bereich Wärme sind die Emissionen nur geringfügig gestiegen, aber trotzdem hoch. Der Gebäudebestand ist zwar deutlich gewachsen, aber die Heizungsanlagen sind effizienter geworden, Ölheizungen sind durch geringfügig klimafreundlichere Gasheizungen ersetzt worden und neue Häuser sind gut gedämmt. Zur Einordnung: Das Bereitstellen von Wärme und Kälte (Raumwärme, Warmwasser, Prozesswärme), ob nun im privaten oder gewerblichen Bereich, ist in Deutschland für rund 40 % der aller energiebedingten THG-Emissionen verantwortlich.² Hier besteht also insgesamt ein sehr hohes Potenzial den Ausstoß von THG zu senken.

Klimaschutzziele der Gemeinde

Mit dem Wissen um die aktuellen Energieverbräuche und THG-Emissionen wurden Klimaschutzziele für die Gemeinde Losheim am See formuliert. Diese richten sich an den nationalen Klimaschutzziele der Bundesregierung aus, die bis zum Jahr 2045 eine bilanzielle Treibhausgasneutralität anstrebt. Diesem Pfad inhaltlich folgend hat sich die Gemeinde qualitative und quantitative Zwischenziele gesteckt. Bis 2035 sollen die THG-Emissionen gegenüber 2020 generell um 75% (Anrechnung lokale Stromproduktion) bzw. 37,5 % (ohne Anrechnung lokale Stromproduktion) sinken. Ebenfalls wurden für Strom, Wärme und Verkehr Sektorenziele in 2035 gesteckt:

- Erreichung von mindestens 100% erneuerbarer Stromproduktion
- Reduktion des Gesamtwärmebedarfs um 25%
- Reduktion der verkehrsbedingten THG-Emissionen um 25%

Die Erreichung dieser Ziele ist in hohem Maße von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien der EU, Bundes- und Landesregierungen sowie zukünftigen Technologiesprüngen und Innovationsschüben abhängig ist. Um die grundsätzlichen Handlungspfade zur Erreichung der Klimaschutzziele aufzuzeigen, wurde ein umfangreicher Maßnahmenkatalog erstellt.

Maßnahmenkatalog

Mit den Ergebnissen der Energie- und Treibhausgasbilanz wurde es möglich konkrete Handlungsfelder zur THG-Reduktion zu identifizieren. Die Aufgabe übernahm ein eigens dafür zuständiger Arbeitskreis Klimaschutz, dem neben Angestellten aus Fachabteilungen der Verwaltung Vertreter des Gemeinderates angehörten. Damit waren die politischen Entscheidungsträger von Anfang an mit eingebunden. Der so entwickelte Maßnahmenkatalog umfasst knapp 30 Einzelmaßnahmen in den Handlungsfeldern „Energieeffizienz“, „Erneuerbare Energien“, „Mobilität“ und weiterer „Querschnittsthemen“.

Die Maßnahmen reichen dabei von Energieeinsparung über die Stärkung einer nachhaltigen Mobilität bis hin zu strukturellen Veränderungen in der Verwaltung. In Anbetracht der nun auch in unseren Breiten deutlich spürbaren Veränderungen der klimatischen Bedingungen wurde der Maßnahmenkatalog um ein zusätzliches Handlungsfeld erweitert, die

„Anpassung an die Folgen des Klimawandels“. Tatsächlich müssen wir bereits jetzt damit rechnen, dass sich unsere Umwelt trotz größter Anstrengungen nachhaltig verändern wird. Trockenheit und Dürre, die bereits zu schwerwiegenden Veränderungen in Forst- und Landwirtschaft geführt haben, werden sich auf weitere Bereiche unseres alltäglichen Lebens ausweiten.

Es gilt nun in den kommenden Jahren zu evaluieren, welche Maßnahmen sich als zielführend erweisen und welche idealerweise angepasst werden sollten. Die genaue Beschreibung aller einzelnen Maßnahmen kann ebenfalls im Volltext des Klimaschutzkonzeptes nachvollzogen werden. Bei genauer Betrachtung wird die Vielschichtigkeit der erforderlichen Maßnahmen offensichtlich. Ob in der Verwaltung, dem Gewerbe oder der Zivilgesellschaft in vielen Bereichen müssen etablierte Strukturen neu geordnet werden. Dies wird uns als Gesellschaft nur gemeinsam gelingen. Jeder noch so kleine Beitrag, den wir alle im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten können, zählt dabei.

Beschluss zur Umsetzung durch den Gemeinderat

In seiner Sitzung am 20.07.2023 hat der Gemeinderat das integrierte Klimaschutzkonzept einstimmig beschlossen und die Verwaltung beauftragt, das Konzept schrittweise umzusetzen. Der Gemeinderat positioniert sich damit eindeutig für eine nachhaltige Transformation zur Erreichung der international vereinbarten Klimaschutzziele. Allerdings wird die Umsetzung in den kommenden Jahren maßgeblich durch die personellen und finanziellen Ressourcen der Kommune bestimmt werden.

Hinweis:

Das komplette Klimaschutzkonzept kann unter dem nachfolgend angegebenen Link als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<https://www.losheim.de/>

[umwelt-mobilitaet-naturschutz/umwelt/klimaschutz](https://www.losheim.de/umwelt-mobilitaet-naturschutz/umwelt/klimaschutz)

Für inhaltliche Fragen wenden Sie sich gerne an unseren Klimaschutzmanager Johannes Drehmann.

Quellen:

¹[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2023-03-16_uba_hg_erneuerbareenergien_dt_bf.pdf)

[2023-03-16_uba_hg_erneuerbareenergien_dt_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2023-03-16_uba_hg_erneuerbareenergien_dt_bf.pdf)

²<https://www.waermewende.de/waermewende/eigentuerinnen-mieterinnen/klimaschutz/>



Integriertes Klimaschutzkonzept

der Gemeinde Losheim am See

Losheim am See, Juni 2023

Förderkennzeichen: 67K14544

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages